

## „Kann Ostdeutschland auch ohne Förderung?“ Ein Diskussionsabend zur Zukunft des Aufbau Ost

Christoph Bergner, Jutta Günther, Anne Kupke

*Am 7. Juni 2012 lud die Initiative „3te Generation Ostdeutschland“ anlässlich ihrer diesjährigen Reise durch die Neuen Länder zu einer Diskussionsveranstaltung in den Räumen des IWH ein. Dr. Jutta Günther, Leiterin der Abteilung Strukturökonomik und Mitglied des Vorstandes des IWH, stellte Befunde aus dem Gutachten „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“ vor. Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern (BMI) und Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, sprach über die Herausforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den Neuen Ländern und die wirtschaftspolitischen Handlungsperspektiven. Im Anschluss diskutierten Dr. Jutta Günther und Dr. Christoph Bergner mit den Vertreterinnen und Vertretern der „Dritten Generation“, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IWH und dem interessierten Publikum.*

Ansprechpartnerin: Jutta Günther (Jutta.Guenther@iwh-halle.de)

Schlagwörter: 3te Generation Ostdeutschland, Konvergenz, Solidarpakt II

Am 7. Juni 2012 fand in den Räumen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) eine Veranstaltung zum Thema „Kann Ostdeutschland auch ohne Förderung? Die Dritte Generation Ostdeutschland im Dialog mit Wissenschaft und Politik“ statt. Die Initiative „3te Generation Ostdeutschland“ führte anlässlich ihrer diesjährigen Reise durch die Neuen Länder ein Gespräch mit Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, und Dr. Jutta Günther, Leiterin der Abteilung Strukturökonomik und Mitglied des Vorstandes des IWH, über die wirtschaftliche Situation und Entwicklung in Ostdeutschland.



Johannes Staemmler von der 3ten Generation Ostdeutschland führte durch die Veranstaltung.

Foto: 3te Generation Ostdeutschland, Sabine Weier.

Auf ihrer elftägigen Reise durch die Neuen Länder machte die Gruppe „3te Generation Ostdeutschland“, junge Menschen der Jahrgänge 1975 bis 1985, Station im IWH, um sich über den wirtschaftlichen Entwicklungsstand Ostdeutschlands im Vergleich zu Westdeutschland zu informieren. Ausgangspunkt was das Gutachten „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“, welches das IWH gemeinsam mit anderen Forschungsinstituten im Auftrag des Bundesministeriums des Innern verfasst hat.<sup>1</sup>

Zunächst stellte Dr. Jutta Günther ausgewählte empirische Befunde aus dem Gutachten vor. Unter anderem ging sie darauf ein, dass sich die Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) in den Neuen Ländern bis Mitte der 1990er Jahre sehr dynamisch entwickelte, sich jedoch seit Ende der 1990er Jahre im Anstieg deutlich verlangsamte und nunmehr seit mehreren Jahren auf einem Niveau von rund 80% relativ zu Westdeutschland verharret. Der Bilanz des Gutachtens zufolge sei eine Konvergenz der Wirtschaftskraft Ostdeutschlands an das Niveau des Westens in absehbarer Zeit weder zu erreichen noch zu erwarten. Mit einer Anglei-

<sup>1</sup> IWH; DIW; ifo Dresden; IAB; HoF; RWI: Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. IWH-Sonderheft 2/2011. Halle (Saale) 2011.

chung sei nicht in wenigen Jahren, sondern eher in Jahrzehnten zu rechnen, so das Fazit des Gutachtens. Als Gründe für die Verlangsamung des Konvergenzprozesses führte Günther vor allem wirtschaftsstrukturelle Faktoren an, darunter insbesondere die im Vergleich zum Westen sehr ausgeprägte Kleinteiligkeit der Unternehmen in den Neuen Ländern und die fehlenden international operierenden Unternehmenszentralen, die für die Wirtschaftskraft einer Region eine wichtige Funktion ausüben, in Ostdeutschland jedoch kaum beheimatet seien. Anknüpfend an diese Befunde erläuterte sie die Problematik der noch immer geringeren Internationalisierung der ostdeutschen Wirtschaft (gemessen an der Exportaktivität) und der vergleichsweise niedrigeren industriellen Forschung und Entwicklung (FuE). Günther betonte, um die für die Produktivitätsentwicklung nachteiligen Unternehmens- und Branchenstrukturen zu verändern, seien Forschung und Innovation sowie die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie in den Regionen von großer Bedeutung. Die in den Neuen Ländern durchaus strukturadäquate Forschungsintensität dürfe nicht dazu einladen, das erreichte Entwicklungsniveau im Bereich der industriellen FuE als zufriedenstellend anzusehen, sondern – ganz im Gegenteil – durch vermehrte Anstrengungen im Bereich der technologischen Entwicklung den Strukturwandel weiter voranzutreiben. In der Zusammenfassung ging die Referentin darauf ein, dass in den letzten beiden Jahrzehnten ein bemerkenswerter Aufholprozess stattgefunden habe, der Aufbau Ost keineswegs gescheitert sei, dass allerdings die Länge der zum Angleich an das Westniveau nötigen Fristen deutlich unterschätzt wurde. Sie schloss mit der Frage, ob der Zuschnitt „Ost- und Westdeutschland“ heute noch adäquat sei und ob eine hundertprozentige Angleichung zwischen genau diesen beiden Regionen weiterhin das Ziel der Wirtschaftspolitik sein sollte.

Anschließend ging *Dr. Christoph Bergner* in seinem Vortrag zunächst auf die Entstehungsgeschichte des Gutachtens ein. Im August 2010 wurde das IWH vom Bundesministerium des Innern mit der Leitung eines Konsortiums von sechs Forschungsinstituten zur Anfertigung des Gutachtens beauftragt. Neben dem IWH wirkten an dem Gutachten folgende Institute mit: das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, das ifo

Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, das Institut für Hochschulforschung (HoF) Wittenberg und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen.

Auf Basis vorliegender Forschungsergebnisse sollten die wesentlichen wirtschaftlichen Stärken und Schwächen Ostdeutschlands herausgearbeitet, daraus resultierende Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik identifiziert und der Handlungsrahmen für die Bundesebene abgesteckt werden.

Das Gutachten wurde von den Auftragnehmern am 8. Juni 2011 in Berlin dem Beauftragten für die Neuen Bundesländer überreicht. Die Veröffentlichung erfolgte nach Abschluss der Beratungen innerhalb des Bundesministeriums des Innern und mit den Auftragnehmern.

Bergner hob die immense Bedeutung des demographischen Wandels für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Neuen Ländern hervor; dieser Wandel stelle eine der größten zukünftigen Herausforderungen dar. Ferner erläuterte Bergner die Grundlagen der Förderpolitik in Ostdeutschland und nahm zu den Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung Stellung.



Das Podium (v. l. n. r.): *Johannes Staemmler* (3te Generation Ostdeutschland), *Dr. Jutta Günther* (IWH), *Dr. Christoph Bergner* (BMI) und *Anne Kupke* (3te Generation Ostdeutschland).

Foto: IWH.

Die nachfolgende Podiumsdiskussion zum Thema „Kann Ostdeutschland auch ohne Förderung?“ wurde von dem Politikwissenschaftler *Johannes Staemmler* von der Hertie School of Governance – Mitglied der Initiative 3te Generation – geleitet. Es diskutierten *Dr. Christoph Bergner*, *Dr. Jutta Günther* und *Anne Kupke*, Historikerin und Osteuropawissenschaftlerin.

Dr. Günther betonte, dass künftig das „Konvergenziel“ siedlungs- und wirtschaftsstrukturell wesentlich differenzierter gesehen werden müsse, um das im Osten tatsächlich Erreichte bewerten und das noch zu Erreichende wirtschaftspolitisch gestalten zu können. Dabei solle auf Bundesebene zunehmend eine gesamtdeutsche Perspektive handlungsleitend sein, die ostdeutsche Problemlagen – räumlich meist konzentrierter als im Westen – erfasst, die Problemlagen im Westen aber nicht ausklammert. Es müsse berücksichtigt werden, dass die Gestaltungskraft der Politik 20 Jahre nach der Deutschen Einheit infolge gewachsener und persistent gewordener Strukturen und aufgrund der fiskalischen Rahmenbedingungen als begrenzt anzusehen sei.

Es wurde die Frage erörtert, ob es überhaupt sinnvoll sei, an dem Ziel der Schließung der Produktivitätslücke zwischen Ost und West festzuhalten und weitere Fördermittel zur Verringerung dieser Lücke einzusetzen. Einige Leuchttürme und Vorzeigestandorte seien in den Neuen Ländern bereits entstanden, wie z. B. Jena mit den optischen Technologien oder Dresden mit der Mikroelektronik. An diesen Standorten gebe es keine Konvergenzprobleme, und man müsse sich fragen, wieviel mit dem Einsatz weiterer Mittel erreichbar sei. Dr. Günther betonte, auch wirtschaftshistorisch sei es in einem Wirtschaftsgebiet nie so, dass sich die wirtschaftlichen Aktivitäten homogen über die gesamte Fläche verteilen; stattdessen bildeten sich – ganz im Einklang mit regionalökonomischen Theorien – stets Zentren (Agglomerationen) der wirtschaftlichen Tätigkeit heraus. Die Förderpolitik sollte sich, auch angesichts der insgesamt knapper werdenden Mittel, auf die Unterstützung von Standorten bzw. Regionen mit hohem Potenzial konzentrieren.

Es wurde auch über die erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen nach Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 diskutiert – die Folgen werde hauptsächlich die Dritte Generation Ostdeutschland spüren. Hier wurde mit Verweis auf das Gutachten betont, dass dieses Instrument des Finanzausgleichs bis Ende 2019 unverändert weitergeführt werden solle, zumal die Mittel bereits Jahr um Jahr abgeschmolzen werden und ein plötzliches Wegbrechen die Planungssicherheit massiv gefährden würde.

Dr. Christoph Bergner machte in der Diskussion wiederholt deutlich, dass die fehlenden Steuerein-

nahmen der ostdeutschen Länder und Kommunen es erschweren, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West zu erreichen. Als Beispiel führte er die Ausdünnung von Kultur- und Freizeitangeboten an. Das größte Zukunftsproblem in den Neuen Bundesländern sei allerdings – neben der Problematik des Fachkräftemangels – die Zunahme des Durchschnittsalters der Bevölkerung.



Das Publikum im Konferenzsaal des IWH.

Foto: IWH.

Einig war man sich auf dem Podium und im Publikum darüber, dass ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland angesichts der Heterogenität innerhalb Ost- und innerhalb Westdeutschlands kaum mehr zielführend sei und daher zukünftig an Bedeutung verlieren werde.

In der Diskussion mit dem Publikum wurden neben Fragen zur Förderpolitik auch sozio-ökonomische und historische Aspekte beleuchtet. Anne Kupke, eine Ostdeutsche der Dritten Generation aus Halle (Saale), wünschte sich einen stärkeren Austausch zwischen Ost und West sowie zwischen den Generationen. In den letzten zwei Jahrzehnten habe die Diskussion, die im Frühjahr 2012 um die Studie des IWH entbrannte, bereits mehrfach in fast identischen Verläufen stattgefunden; es sei die Frage, ob dieses zyklische Verhalten auch zukünftig zu erwarten ist. Wissenschaftler des IWH machten in der Diskussion deutlich, dass im Ausland, z. B. in Italien oder Korea, die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands mittlerweile als vorbildhaft betrachtet wird; an den Erfahrungen der Transformation Ostdeutschlands bestehe reges Interesse. Mit dem Blick von außen betrachtet bestehe keinesfalls Grund zu Resignation oder Enttäuschung.